

## Experimente im Vergleich

*Spitzenkandidaten, politische Urteilsbildung und Wahlentscheidungen in präsidentiellen und parlamentarischen Systemen*

## Comparing Experiments

*Political leaders, opinion formation and voting decisions in presidential and parliamentary systems*

*Sascha Huber*

### *Zusammenfassung*

Ein Hauptproblem bei der Erforschung der Bedeutung von politischen und unpolitischen Eigenschaften von Spitzenkandidaten ist das Endogenitätsproblem. Mit Umfragedaten lässt sich kaum ermitteln, welchen Ursprung Urteile zu politischen Kandidaten haben. Mit Hilfe von Experimenten in Deutschland, Schweden, Frankreich und den USA wird in diesem Artikel versucht, Hinweise auf die relative Bedeutung von politischen und unpolitischen Kandidateneigenschaften in präsidentiellen und parlamentarischen Systemen zu gewinnen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass scheinbar unpolitische Bewertungen sehr häufig einen politischen Ursprung haben und dass Charaktereigenschaften von Kandidaten bei parlamentarischen Wahlentscheidungen einen deutlich geringeren Einfluss haben als bei präsidentiellen Wahlentscheidungen. Diese Befunde sind über die vier Länderkontexte hinweg stabil.

### *Abstract*

Research on leader effects on voting behavior faces major problems of endogeneity. With traditional survey data, one can hardly detect where leader evaluations come from. In this article four experimental studies in Germany, Sweden, France and the USA are presented that try to find evidence on the relative importance of political and apolitical candidate traits in presidential and parliamentary systems. The results indicate that seemingly apolitical evaluations of leaders often have a political origin and that character traits of candidates do have a much weaker influence in parliamentary voting decisions than in presidential voting decisions. These findings are robust across the four countries.

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Die Anwendung experimenteller Methoden war in der Politikwissenschaft lange Zeit nicht besonders häufig. Einerseits wurden Experimente zwar auch in der Politikwissenschaft allgemein als „the most nearly ideal method for scientific explanation“ (Lijphart 1971:648) anerkannt, gleichzeitig wurde ihr Gebrauch in der Politikwissenschaft aber meist als nicht anwendbar oder nicht valide verworfen (vgl. auch Peters 1998:48). In den vergangenen Jahren hat die Anwendung experimenteller Methoden nun vor allem in der angelsächsischen Politikwissenschaft stark zugenommen. Ein Grund dafür ist auch eine weitere Verbreitung der Erkenntnis, dass beobachtende Verfahren – vor allem im Hinblick auf den Nachweis von *kausalen* Prozessen – an ihre Grenzen stoßen und dass eine Mischung verschiedener Methoden und Triangulation einen vielversprechenden Weg für wissenschaftlichen Fortschritt darstellt. Mittlerweile greift die Politikwissenschaft in unterschiedlichen Teilgebieten und bei sehr unterschiedlichen Fragestellungen vermehrt auf experimentelle Forschung zurück (vgl. für einen Überblick auch Faas und Huber 2010). Der große Vorteil von Experimenten liegt in der Möglichkeit, kausale Zusammenhänge zwischen verschiedenen Variablen zu untersuchen und zu überprüfen. Stellt man mit traditionellen Umfragedaten einen Zusammenhang zwischen  $x$  und  $y$  fest, bleibt immer die Möglichkeit nicht berücksichtigter Drittvariablen sowie von Endogenität und umgekehrter Wirkungsrichtung. In Experimenten lassen sich bei erfolgreicher Randomisierung und Manipulation von  $x$  unterschiedliche Ausprägungen von  $y$  in Versuchs- und Kontrollbedingung valide auf  $x$  zurückführen. Die erfolgreiche Randomisierung der Versuchspersonen ermöglicht „the conversion of all irrelevant sources of possibly systematic variability into unsystematic variability, that is, into random error“ (Brown und Melamed 1990: 3). Die Schlüsse über den Einfluss der erklärenden Variablen auf die zu erklärende Variable können dann einfach über den Vergleich verschiedener Versuchsgruppen gezogen werden.

Die Hauptprobleme empirischer Analysen und statistischer Modelle – wie Fehlspezifikationen, übersehene oder nicht zu messende Drittvariablen, Endogenität, unklare Wirkungsrichtungen, unzureichende Varianz bei unabhängigen Variablen – lassen sich so häufig schon allein durch das experimentelle Design beheben oder zumindest verringern. Im Gegensatz zu Analysen mit Beobachtungsdaten sind die notwendigen statistischen Verfahren bei Experimenten deshalb auch meist recht einfach. Wenn sich Unterschiede bei den zu erklärenden Variablen zwischen Versuchsgruppen finden, sollten diese Unterschiede bei erfolgreicher Randomi-

1 Dieser Artikel präsentiert zu großen Teilen Ergebnisse aus meiner Dissertation (Huber 2012).

sierung und Durchführung auch auf die jeweils vorgenommene Manipulation der unabhängigen Variablen zurückzuführen sein.

Experimente ermöglichen die zielgenaue Überprüfung politikwissenschaftlicher Theorien und daraus abgeleiteten Hypothesen. Daneben bietet die Replikation insbesondere von experimentellen Studien die Chance, die Robustheit von Befunden systematisch zu testen, indem jeweils kleinere oder größere Änderungen im experimentellen Design vorgenommen werden, weitere vermittelnde Faktoren aufgenommen werden oder der Kontext der Erhebung variiert wird. Experimente sind deshalb besonders gut geeignet, um sich von dem häufig beklagten „one-shot-research“ zu lösen und stattdessen „programmatic research“ zu betreiben (McDermott 2002). In Experimenten können gezielt Alternativerklärungen und vermittelnde Wirkungsmechanismen für frühere Befunde getestet oder Randbedingungen für nachgewiesene Wirkungszusammenhänge spezifiziert werden, um so über die Zeit kumulativen Fortschritt in der Wissenschaft zu ermöglichen.

Ein typisches Beispiel für die Limitation von Beobachtungs- bzw. Umfragedaten ist die Debatte über die Bedeutung von Spitzenkandidaten und deren Charaktereigenschaften auf Wahlentscheidungen und eine vermeintliche Personalisierung oder Präsidentialisierung der Politik. Mit der These von der Personalisierung der Politik wird verknüpft, dass die Bedeutung von Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung zunimmt. Die Entwicklung zur Personalisierung ist danach nicht auf präsidentielle Systeme beschränkt, sondern gilt zunehmend auch für parlamentarische Systeme (vgl. Poguntke und Webb 2005). Gründe für diese Entwicklung werden dabei in der Fokussierung der massenmedialen Berichterstattung auf die Spitzenkandidaten und in der Ausrichtung von Wahlkämpfen auf die Spitzenkandidaten gesehen (vgl. Mughan 2000; Kleinnijenhuis et al. 2001). Die These der Personalisierung beinhaltet daneben aber auch meist die Erwartung, dass Spitzenkandidaten heute verstärkt nach unpolitischen Persönlichkeitseigenschaften beurteilt werden und weniger nach ihren politischen Standpunkten. Das führt schließlich zu der normativen Befürchtung, dass Wahlen durch Personalisierung zunehmend zu einem reinen „Schönheitswettbewerb“ zwischen Spitzenkandidaten werden, in dem weniger die politischen Standpunkte und Lösungsvorschläge im Mittelpunkt stehen als die Persönlichkeit der Kandidaten.

Ein Hauptproblem der Debatte ist das Endogenitätsproblem: Wie beeinflussen sich politische und unpolitische Bewertungen von Kandidaten gegenseitig? In welchem Ausmaß sind die Bewertungen von Kandidaten lediglich Ausdruck von allgemeineren politischen Überlegungen und in welchem Ausmaß haben unpolitische Kandidateneigenschaften wie die Persönlichkeit einen eigenständigen Effekt? Schließen die Wähler von unpolitischen Bewertungen der Person auf die politische

Bewertung des Kandidaten oder umgekehrt? Mit traditionellen Umfragedaten lassen sich diese Fragen kaum beantworten. Mit Hilfe von Experimenten kann allerdings versucht werden, einige der Urteilsbildungsprozesse näher zu beleuchten. In diesem Artikel wird eine Serie von vier Experimenten vorgestellt, die das leisten sollen. Die Durchführung gleicher Experimente in Ländern mit präsidentiellen und parlamentarischen Systemen erlaubt dabei – neben der gegenseitigen Validierung der Ergebnisse – auch einen zumindest tentativen Vergleich der Urteilsbildung in den verschiedenen Ländern.<sup>2</sup>

## Die Rolle von Spitzenkandidaten und die Präsidentialisierung von Wahlentscheidungen

In diesem Artikel wird die Leistungsfähigkeit von Experimenten anhand der Frage nach der Bedeutung von Spitzenkandidaten in parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien demonstriert. Das Regierungssystem gibt unter anderem die Art der Entscheidungsobjekte bei Wahlen vor. Während bei präsidentiellen Systemen Kandidaten zur Auswahl stehen, sind es in parlamentarischen Systemen Parteien, Parteilisten oder lokale Parteikandidaten. Bereits aus dieser einfachen institutionellen Variation lässt sich die Vermutung ableiten, dass Wähler je nach politischem System das politische Angebot verschieden wahrnehmen und ihre Wahlentscheidungen auf unterschiedliche Art und Weise treffen. Die Vermutung bezieht sich hier insbesondere auf die Rolle, die Eigenschaften von Kandidaten bei der Urteils- und Entscheidungsbildung der Wähler spielen. Die normative Befürchtung, die damit einhergeht, wird zum Beispiel von Powell (2004: 97) wie folgt zusammengefasst: „a strong president or demagogic party leader may overshadow the choice process strongly enough to obscure the issue preferences that are at stake“. Danach könnten die Eigenschaften der Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen und auch bei Parlamentswahlen einen dominanten Einfluss ausüben und so verhindern, dass die Bürger ihre substantiellen Interessen und Präferenzen an das politische System kommunizieren. Normativ ist dabei insbesondere der Einfluss von unpolitischen Kandidateneigenschaften bedenklich. Wenn es eher darauf ankommt, wie etwas präsentiert wird als was präsentiert wird, wenn das Charisma eines Kandidaten wichtiger ist als seine grundlegenden Positionen oder die seiner Partei, wenn die allgemeine Sympathie gegenüber einer Person oder gar deren äußere Erscheinung und nicht deren politische Bewertung im Vordergrund steht, dann sinkt die Chance,

2 Ein ausführlicher Vergleich der einzelnen Experimente kann aus Platzgründen hier nicht präsentiert werden. Detailliertere Analysen finden sich in Huber (2012)

dass die *politischen* Wünsche und Präferenzen der Wähler sich im Wahlergebnis widerspiegeln und das Regierungshandeln beeinflussen.

Personalisierte Wahlentscheidungen sollten in parlamentarischen und präsidentiellen Ländern grundsätzlich unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Wegen der institutionellen Logik des politischen Prozesses sollte der Fokus in parlamentarischen Systemen weniger stark auf einzelne Personen gerichtet sein als in präsidentiellen Systemen. Entsprechend wäre dann zu erwarten, dass persönliche Eigenschaften bei der Urteilsbildung zu politischen Kandidaten in präsidentiellen Systemen eine größere Rolle einnehmen – einfach weil die Entscheidungsumgebung in präsidentiellen Systemen stärker personalisiert sein sollte. Mit der These der Personalisierung der Politik in parlamentarischen Systemen wird dieser Unterschied in der Entscheidungsumgebung – zumindest teilweise – bestritten. Danach haben sich die Entscheidungsumgebungen von Wählern in parlamentarischen und präsidentiellen Systemen immer stärker angeglichen, weshalb auch von einer *Präsidentialisierung* parlamentarischer Systeme gesprochen wird (z. B. Mughan 2000; Poguntke und Webb 2005). Eine stärkere Personalisierung in parlamentarischen Systemen zeigt sich sowohl auf der Ebene der Parteien, die im Wahlkampf vermehrt auf ihr Spitzenpersonal setzen (z. B. Mancini und Swanson 1996; Hetterich 2000), als auch auf der Ebene der medialen Berichterstattung (z. B. Kleinnijhuis et al. 2001; King 2002; McAllister 2007). Nach diesen Befunden sollte sich die Wahrnehmung von Kandidaten in Ländern mit präsidentiellen und Ländern mit parlamentarischen Systemen also nicht so sehr unterscheiden. Genauso sollte es dann kaum Unterschiede in der Urteilsbildung über Kandidaten geben und in beiden Systemen den persönlichen Eigenschaften der Kandidaten ein größeres Gewicht beigemessen werden als politischen Bewertungen.<sup>3</sup>

## Politische und unpolitische Kandidateneigenschaften und das Problem der Endogenität

Für die Frage der Bedeutung von Spitzenkandidaten und eine vermeintlich stärkere Personalisierung oder Präsidentialisierung ist die Unterscheidung zwischen

3 In dieser Arbeit wird nicht die These einer Personalisierung über die Zeit analysiert, sondern querschnittlich die Bedeutung von politischen und unpolitischen Eigenschaften von Spitzenkandidaten. Im Vordergrund steht hier also weniger die zeitliche Entwicklung sondern das Resultat im Heute. Nach der Literatur zur Personalisierung ist diese heute bereits so weit fortgeschritten, dass unpolitische Eigenschaften von Kandidaten eine bedeutende Rolle bei Urteilsbildung und Wahlentscheidungen spielen.

unpolitischen und politischen Eigenschaften von Spitzenkandidaten zentral.<sup>4</sup> Eine Orientierung der Wähler an Spitzenkandidaten muss ja nicht notwendigerweise zu Wahlentscheidungen mit geringerem politischen Inhalt führen. Vielmehr erscheint zum Beispiel eine Orientierung an den spezifischen politischen Positionen von Kandidaten sehr wohl relevant. Wenn in parlamentarischen Systemen beispielsweise heterogene Parteien zur Wahl stehen, die jeweils ein sehr breites ideologisches Spektrum abdecken, sind die spezifischen Positionen der Spitzenkandidaten von großer Bedeutung. Noch viel mehr trifft das auf Kandidaten in präsidentiellen Systemen zu. Normativ bedenklich ist der Einfluss von Spitzenkandidaten nur, wenn er sich auf unpolitische Eigenschaften wie den Charakter oder das Aussehen bezieht.

Das Problem empirischer Sozialforschung ist allerdings, dass sich die politischen und unpolitischen Bewertungen von Kandidaten schwer trennen lassen – sowohl in der Urteilsbildung der Bürger als dann auch bei der Analyse ihrer Entscheidungen durch die Wissenschaft. Wenn sich Wähler jeweils sauber voneinander getrennte Meinungen zu politischen Themen, zu Parteien und zu politischen Kandidaten bilden würden, wenn diese Meinungen zu Kandidaten dann wiederum klar getrennt wären in unpolitische Aspekte der Kandidatenpersönlichkeit und politische Aspekte der spezifischen Kandidatenpositionen, und wenn Wähler schließlich auch keine Probleme hätten, ihre Einzelurteile in Befragungen zu benennen, dann müssten Wahlforscher nur noch die Gewichtung der Einzelurteile bei ihrer Integration in ein Gesamturteil berechnen. So ließe sich leicht überprüfen, wie groß der Wert ist, den Wähler auf die Persönlichkeiten politischer Kandidaten legen. Die reale Urteilsbildung geht aber sehr wahrscheinlich nicht so sauber getrennt vor sich. Wähler erschließen sich ihre Urteile zu einzelnen Aspekten vielfach aus anderen bereits getroffenen Einschätzungen (vgl. z. B. Conover und Feldmann 1986; Sniderman et al. 1991; Granberg 1993; Lupia et al. 2000), verwenden für ihre heuristische Urteilsbildung Hinweise, die zwar leicht zu verarbeiten sind, aber nicht immer genau auf den Bewertungsgegenstand passen (vgl. z. B. Popkin 1991; Kuklinski 2001; Cutler 2002), sie integrieren neue Informationen „on-line“ zu einer Bilanz der Bewertung von Parteien und Kandidaten, ohne später genau zu wissen, was zu dieser Bewertung geführt hat (Lodge und McGraw 1995), und sie haben die Tendenz, widersprüchliche Urteile zu entschärfen, um kognitive Dissonanzen zu vermeiden (vgl. z. B. Festinger 1957; Taber et al. 2001).

4 Als politische Eigenschaften werden im Folgenden insbesondere die persönlichen politischen Standpunkte der Kandidaten zu Sachfragen verstanden. Als unpolitische Eigenschaften von Kandidaten werden alle Charaktereigenschaften, Auftreten oder Aussehen verstanden. Dabei wird nicht zwischen mehr oder weniger unpolitischen Charaktereigenschaften unterschieden, wie es in der Literatur zum Teil gemacht wird (vgl. Klein und Ohr 2000).

So wird die Unterscheidung von politischen und unpolitischen Aspekten der Kandidatenbeurteilung deutlich komplizierter. Erhebliche Wechselbeziehungen zwischen politischen Überzeugungen, der politischen Beurteilung von Kandidaten und unpolitischen Charaktereinschätzungen sind zu vermuten. Ein kleines Beispiel zur hohen Korrelation zwischen unpolitischen und politischen Bewertungen von Kandidaten kann das illustrieren: Wähler schätzten bei der vergangenen Bundestagswahl 2009 verschiedene Eigenschaften der Spitzenkandidaten Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier vergleichsweise konsistent ein. Betrachtet man die Zustimmung und Ablehnung zu den beiden Aussagen, ob die Befragten die Person „menschlich sympathisch“ finden bzw. ob die Befragten denken, dass die Person „vernünftige Vorstellungen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise“ hat, zeigen sich sowohl für Angela Merkel ( $r=.50$ ) als auch für Frank-Walter Steinmeier ( $r=.44$ ) starke Korrelationen zwischen den beiden Einschätzungen. Wer den Kandidaten oder die Kandidatin jeweils sympathisch fand, war auch eher der Ansicht, dass er oder sie vernünftige politische Vorstellungen hat.<sup>5</sup> Ein solch starker Zusammenhang sollte sich nicht zeigen, wenn sich Wähler unabhängige Meinungen zu unpolitischen Charaktereigenschaften, Auftreten und Erscheinung von Kandidaten auf der einen Seite und den politischen Bewertungen ihrer Vorschläge und Bewertungen auf der anderen Seite bilden würden. Dann wäre eher zu erwarten, dass es auch Wähler gibt, die beispielweise Frau Merkel zwar „menschlich sympathisch“ finden, aber nicht denken, dass sie vernünftige politische Vorstellungen hat.

Die politikwissenschaftliche Literatur hat wiederholt Zusammenhänge zwischen politischen und unpolitischen Urteilen beschrieben. Nach Goren (2002) fokussieren Parteianhänger eher auf die charakterlichen Stärken eines Kandidaten ihrer präferierten Partei, die Gegner dieser Partei aber eher auf dessen charakterliche Schwächen (vgl. für ähnliche Befunde auch schon McGraw et al. 1996). Die Anhänger einer Partei bewerten die Charaktereigenschaften der Kandidaten ihrer Partei zudem meist deutlich positiver als die Anhänger anderer Parteien (z. B. Doherty und Gimpel 1997, Bishin et al. 2006). Auch generelle Sympathien für Kandidaten scheinen nicht unabhängig von politischen Überlegungen. Schumann und Schoen (2003) zeigen in Faktoranalysen für Deutschland, dass Sympathien für Politiker nach politischen Gesichtspunkten strukturiert sind. Wer einen konservativen Politiker sympathisch findet, findet einen linken meist weniger sympathisch und umgekehrt. Hayes (2005) beschreibt sogar eine direkte Verbindung zwischen den politischen Standpunkten einer Partei und den Attributen, die den Kandida-

5 GLES 2009, Primärforscher: Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Weßels, Komponente 2, Vorwahlwelle der RCS-Wahlkampfstudie, ZA5303, doi:10.4232/1.10996.

ten zugeschrieben werden. Nach seiner Theorie des „Trait Ownerships“ wird beispielsweise linken Kandidaten auch eher Anteilnahme an den Sorgen der Menschen zugeschrieben als konservativen Kandidaten. Rapoport et al. (1989) untersuchen in den USA die Wahrnehmungen der Wähler zu noch unbekanntem potentiellen Präsidentschaftskandidaten und fanden, dass Wähler je nach vorgelegten Informationen von den politischen Standpunkten auf die Charaktereigenschaften schlossen oder umgekehrt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen deuten darauf hin, dass vermeintlich unpolitische Urteile über die persönlichen Eigenschaften von Kandidaten durchaus eine politische Basis haben können. Gleichzeitig kann eine umgekehrte Wirkungsrichtung aber auch nicht ausgeschlossen werden. Unpolitische Urteile können potentiell auch die politischen Einschätzungen der Kandidaten beeinflussen. Mit Querschnittsbefragungen lassen sich die Wirkungsrichtungen und Wechselwirkungen zwischen diesen Urteilen kaum bestimmen. Zwar kann man versuchen, mit möglichst sorgsam konzipierten Analysen unpolitische Kandidatenbeurteilungen von politischen zu trennen (vgl. z. B. Klein und Ohr 2000). Das Problem der Endogenität und Zweifel über die Kausalität bleiben aber bestehen, solange in Umfragen bereits gebildete Urteile über Kandidaten abgefragt werden und die Befragten die Teilaspekte der Beurteilung auch selbst nur schwer voneinander trennen können.

## Die Rolle von Kandidateneigenschaften bei Wahlentscheidungen in verschiedenen Regierungssystemen

Mehr noch als die Urteilsbildungsprozesse zu Kandidaten sind aus politikwissenschaftlicher Perspektive natürlich die Auswirkungen dieser Prozesse auf die Wahlentscheidungen relevant. Auch wenn sich die Urteilsbildung zu Spitzenkandidaten in verschiedenen Regierungssystemen kaum unterscheiden sollte, kann es immer noch zu Unterschieden in der Wahlentscheidung kommen. Der institutionelle Unterschied des Wahlmodus sollte einen Einfluss auf die Art der Wahlentscheidung ausüben: bei Parlamentswahlen wird über die Zusammensetzung des Parlaments und die relative Stärke der Parteien entschieden, bei Präsidentschaftswahlen über den zukünftigen Regierungschef. In parlamentarischen Systemen werden Parteilisten oder lokale Parteikandidaten gewählt und nicht direkt die Spitzenkandidaten. Die persönlichen Eigenschaften der Spitzenkandidaten in parlamentarischen Systemen sollten deshalb eine geringere Rolle spielen als die persönlichen Eigenschaften der Präsidentschaftskandidaten in präsidentiellen Systemen – alleine wegen des institutionell vorgegebenen Wahlmodus.

Die Forschung zur Rolle von Spitzenkandidaten in parlamentarischen Systemen zeigt dann auch ein wenig eindeutiges Bild. Die Frage, ob es auch zu einer zunehmenden Personalisierung von Wahlentscheidungen kommt, ist immer noch umstritten (Bean und Mughan 1989; Stewart und Clarke 2000; Klein und Ohr 2000; Bartle und Crewe 2002; Schoen 2004; Clarke et al. 2004; Gabriel et al. 2009; Wagner 2011). Langfristige Analysen zeigen meist eher von Wahl zu Wahl und von Kandidat zu Kandidat wechselnd starke Einflüsse ohne einen klaren Trend zu einer zunehmenden Bedeutung persönlicher Eigenschaften der Spitzenkandidaten (z. B. Pappi und Shikano 2001; Curtice und Holmberg 2005). In komparativen Analysen zwischen Ländern mit präsidentiellen und Ländern mit parlamentarischen Systemen finden sich, trotz einer vermeintlichen Angleichung der Entscheidungsumgebung, immer noch Unterschiede in der Bedeutung von Spitzenkandidaten. Bei Präsidentschaftswahlen ist der Einfluss von Spitzenkandidaten größer als bei Parlamentswahlen (vgl. Curtice und Hunjan 2009).

Unklar bleibt dabei, ob die Unterschiede auf einen rein institutionellen Effekt des Wahlmodus oder auf weiterhin bestehende Unterschiede im breiteren politischen Kontext bzw. der politischen Kultur der Länder zurückzuführen sind. Granberg und Holmberg (1988) zeigen beispielsweise in ihrem detaillierten Vergleich des Wahlverhaltens in Schweden und den USA, dass eine Reihe von Einstellungen, Wahrnehmungen und Urteilen in den beiden Ländern unterschiedliche Muster aufweisen, die ihrer Meinung nach sehr gut mit den Unterschieden im politischen System der beiden Länder korrespondieren. Trotz einer möglichen Angleichung in der medialen Berichterstattung und bei den Wahlkampfstrategien der Parteien werden Muster in der politischen Kultur in verschiedenen politischen Systemen weiter bestehen. Genauso lässt sich vermuten, dass sich Wähler an den bestehenden politischen Prozess gewöhnen und möglicherweise entsprechende Routinen in der Urteils- und Entscheidungsbildung herausbilden. Mit Hilfe von komparativen Analysen von Umfragedaten wird deshalb kaum zu klären sein, ob Unterschiede im Wahlverhalten zwischen politischen Systemen auf Unterschiede im allgemeinen Entscheidungskontext oder auf die simple institutionelle Variation des Wahlmodus zurückzuführen sind.

## Forschungsfragen

Aufbauend auf diesen Überlegungen, lassen sich drei Forschungsfragen formulieren: Erstens, schließen Wähler von politischen Eigenschaften der Kandidaten auf deren unpolitische Eigenschaften oder umgekehrt? Zweitens, gleichen Wähler ihre Einschätzungen der Kandidatenpersönlichkeit an ihre politischen Bewertungen

der Kandidaten an oder umgekehrt? Und schließlich drittens, welche Rolle spielt der institutionelle Kontext der Wahlentscheidung für den Einfluss politischer und unpolitischer Kandidateneigenschaften? Jede dieser drei Fragen konnte mit Umfragedaten bisher nicht zufriedenstellend geklärt werden. Hier wird nun ein Versuch mit Hilfe von Experimentaldaten unternommen.

## 2 Daten und experimentelles Design

Experimente mit identischem Untersuchungsdesign wurden in vier verschiedenen Ländern – zwei mit parlamentarischem System und zwei mit präsidentiellem bzw. semi-präsidentiellem System – durchgeführt, mit 286 Befragten in Deutschland<sup>6</sup>, 312 Befragten in Frankreich, 347 Befragten in Schweden und 304 Befragten in den USA. In den vier Ländern wurden jeweils auf sehr ähnliche Weise Versuchspersonen rekrutiert, ein Teil der Befragten an Universitäten, der andere Teil auf öffentlichen Plätzen. In Deutschland, Frankreich und den USA waren so jeweils etwas mehr als die Hälfte der Befragten Studierende, in Schweden waren es aufgrund von Schwierigkeiten bei der Studentenrekrutierung an Universitäten etwas weniger als die Hälfte. Die Fragebögen mit den verschiedenen Versuchsbedingungen wurden vor der Erhebung randomisiert und dann entsprechend an die Probanden verteilt. Die selbst auszufüllende paper-pencil Studie dauerte circa 10 Minuten und die Teilnahme war freiwillig. Beschrieben wurden die Experimente jeweils neutral als Studie zu politischen Kandidaten.

Bei allen vier Experimenten wurden den Versuchspersonen nach der Beantwortung einiger Fragen zu politischen Sachfragen, der Parteiidentifikation und der Links-Rechts-Einschätzung jeweils vier hypothetische Kandidaten vorgestellt: zwei Kandidaten der größten konservativen Partei (CDU in Deutschland, Moderata in Schweden, UMP in Frankreich, Republikaner in den USA) und zwei Kandidaten der größten linken oder sozialdemokratischen Partei (SPD in Deutschland, SP in Schweden, PS in Frankreich, Demokraten in den USA). Um Geschlechtereffekte auszuschließen, waren alle beschriebenen Kandidaten männlich. Als erste unabhängige Variable wurde variiert, welche Informationen die Versuchspersonen neben Basisinformationen<sup>7</sup> wie der Parteizugehörigkeit und einigen demographischen Anga-

6 Das Experiment in Deutschland wurde bereits hier ausgewertet: Huber (2008), eine ausführliche Beschreibung der Experimente findet sich bei Huber (2012).

7 Es wurde ausgeführt, wo und wann sie geboren sind, wo und was sie studierten und wann sie in die Partei eingetreten sind.

ben über die Kandidaten bekamen. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Versuchsbedingungen.<sup>8</sup>

Tabelle 1 Übersicht über die Versuchsbedingungen

	Kandidat A (CDU/UMP/ Mod/Rep)	Kandidat B (CDU/UMP/ Mod/Rep)	Kandidat C (SPD/PS/ SP/Dem)	Kandidat D (SPD/PS/ SP/Dem)	Institutionelle Variation des Wahlmodus
Bed. 1	Politische Standpunkte: Rechts	Kontrolle	Politische Standpunkte: Mitte	Kontrolle	Bed. 1a: präsidentiell Bed. 1b: parlamentarisch
Bed. 2	Kontrolle	Politische Standpunkte: Mitte	Kontrolle	Politische Standpunkte: Links	Bed. 2a: präsidentiell Bed. 2b: parlamentarisch
Bed. 3	Charakter- eigenschaften: positiv	Kontrolle	Charakter- eigenschaften: negativ	Kontrolle	Bed. 3a: präsidentiell Bed. 3b: parlamentarisch
Bed. 4	Kontrolle	Charakter- eigenschaften: negativ	Kontrolle	Charakter- eigenschaften: positiv	Bed. 4a: präsidentiell Bed. 4b: parlamentarisch

Die erste Versuchsgruppe wurde in einem kurzen Text über die politischen Standpunkte von zwei der Kandidaten informiert (Kandidat A: rechts, wirtschaftsliberal; Kandidat C: mittig)<sup>9</sup>, die anderen beiden Kandidaten B und D wurden als Kontrollgruppe für die anderen Versuchsgruppen mit jeweils ähnlichen Füllinformationen beschrieben (z. B. den Familienstand: jeweils verheiratet und Kinder). Eine zweite Versuchsgruppe wurde über die politischen Standpunkte der Kandidaten B und D informiert (Kandidat B: mittig, Kandidat D: links). Kandidat A und C wurden hier jeweils nur mit den Füllinformationen beschrieben. Die eine Hälfte der Versuchspersonen war also entweder politischen Informationen über die Kandidaten ausgesetzt oder bekam als Kontrolle lediglich die einfachsten Informationen wie die Parteizugehörigkeit und – möglichst nichtssagende – Füllinformationen.

In den Bedingungen 3 und 4 wurden dagegen für keinen der Kandidaten Informationen über politische Standpunkte angegeben. Stattdessen wurden die Persönlichkeitseigenschaften beschrieben. Nach dem gleichen Muster wie in den Bedingungen 1 und 2 wurden wieder jeweils zwei Kandidaten substantiell beschrieben und für die anderen beiden Kandidaten nur Basisinformationen und Füllinhalte

8 Die detaillierten Beschreibungen in den verschiedenen Bedingungen lassen sich im Online-Anhang zu diesem Artikel nachlesen.

9 Die Formulierungen bei der Beschreibung der politischen Standpunkte wurden angelehnt an die Ausführungen zu den politischen Standpunkten verschiedener Politiker im Munzinger Personenarchiv.

gegeben. Einer der beschriebenen Kandidaten wurde dabei eher positiv beschrieben: zum Beispiel als „redlich“ und als „scharfzüngiger Debattenredner“, der andere Kandidat wurde durch die Attribute „machthungrig“ und „technokratisch“ als eher negativ beschrieben. In Bedingung 3 wurde Kandidat A positiv beschrieben, Kandidat C negativ, in Bedingung 4 Kandidat B negativ und Kandidat D positiv. Damit wurde also in Bedingung 3 ein konservativer Kandidat positiv beschrieben und ein linker Kandidat negativ und in Bedingung 4 umgekehrt. Parteipolitische Unterschiede sollten dann über beide Bedingungen hinweg keine Rolle mehr spielen. Wegen der zeitlichen Nähe bei der Durchführung des Experiments in den USA mit den dortigen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 und einem vergleichsweise sehr positiv und charismatisch bewerteten demokratischen Kandidaten Barack Obama wurde bei diesem Experiment die parteipolitische Balance nicht durchgehalten. Um keine Assoziationen mit Obama zu wecken, war der charakterlich positiv beschriebene Kandidat jeweils ein Republikaner und der negativ beschriebene Kandidat jeweils Demokrat. Bis auf die Zuordnung der positiven und negativen Charakterbeschreibungen zu den verschiedenen Kandidaten entspricht das experimentelle Design aber exakt dem in Deutschland, Frankreich und Schweden.

Als zweite unabhängige Variable wurde der institutionelle Kontext einer hypothetischen Wahlentscheidung manipuliert. Die Versuchspersonen wurden gebeten, sich eine Situation vorzustellen, in der die zwei mit substantiellen Informationen beschriebenen Kandidaten bei einer Wahl gegeneinander antreten. In Bedingung a traten die Kandidaten als Spitzenkandidaten ihrer Parteien bei einer Parlamentswahl an, in Bedingung b als Präsidentschaftskandidaten in einer Präsidentschaftswahl. In der parlamentarischen Bedingung bekamen die Versuchspersonen die Auswahl zwischen allen bedeutenden Parteien des Landes, in der präsidentiellen Bedingung wurden nur die beiden beschriebenen Kandidaten, als Vertreter der größten Parteien des Landes, zur Auswahl gestellt, mit der zusätzlichen Option der Wahl für einen nicht näher spezifizierten „anderen Kandidaten“. Um den Versuchspersonen in den verschiedenen Ländern den für sie jeweils ungewohnten Modus etwas zu erklären, wurden in den jeweiligen Bedingungen erläuternde Sätze eingefügt. So wurde zum Beispiel im deutschen Fall in der präsidentiellen Bedingung darauf hingewiesen, dass der so gewählte Präsident „deutlich größere Einflussmöglichkeiten als der heutige Bundespräsident hätte“. In den USA

wurde das parlamentarische System mit Bezug auf Großbritannien erläutert und ausführlicher erklärt.<sup>10</sup>

Insgesamt ergibt sich damit also ein gemischtes experimentelles Design mit acht Versuchsgruppen. Manipuliert werden zum einen die Art der Informationen über die Kandidaten und zum anderen die institutionellen Regeln der hypothetischen Wahlentscheidung zwischen den Kandidaten. Die Randomisierung der Versuchspersonen in die verschiedenen Versuchsgruppen war dabei erfolgreich, die Gruppen unterscheiden sich bei Hintergrundvariablen wie Bildung, Geschlecht, oder politischem Interesse nicht signifikant voneinander. Manipulationschecks mit zweiseitigen t-Tests für die unterschiedlichen Bedingungen zeigen zudem, dass die Manipulationen der politischen Standpunkte und des Charakters erfolgreich waren. Kandidaten, die als links beschrieben wurden, werden auch weiter links eingestuft als Kandidaten, die mit mittigen Positionen beschrieben wurden. Genauso werden konservative auch konservativer wahrgenommen als mittige Kandidaten. Im Vergleich zu der Kontrollbedingung ohne spezifische Informationen geben Versuchspersonen zudem häufiger Urteile über die Positionen der beschriebenen Kandidaten bei Sachfragen an. Die Manipulation der Charaktereigenschaften führt wie beabsichtigt zu einer negativeren Einschätzung der negativ beschriebenen Kandidaten und zu einer positiveren Einschätzung der positiv beschriebenen Kandidaten. Im Vergleich zur Kontrollbedingung geben Versuchspersonen häufiger Urteile über Charaktereigenschaften der Kandidaten an, wenn sie auch Informationen über deren Charakter erhalten haben.

Als abhängige Variable dienen zunächst die Einschätzungen und Bewertungen der Kandidaten. Nach der Präsentation der Kandidaten wurden die Befragten gebeten, diese auf verschiedenen Dimensionen einzuschätzen. Befragt wurden sie einerseits zu den vermuteten politischen Positionen der Kandidaten bei verschiedenen politischen Sachfragen (wie z. B. Arbeitslosengeld oder die Rechte von Homosexuellen)<sup>11</sup> und andererseits zu Einschätzungen des Kandidatencharakters (Sympathie, Charisma, Führungsstärke). Erfragt wurde beides auf 4er Skalen mit der explizit aufgeführten Möglichkeit einer „Weiß nicht“- Antwort. Zusätzlich wurde auch die Gesamtbewertung auf einer 11er Skala erfragt, wiederum mit einer

10 Der Fragetext in den USA lautete wie folgt: "Please imagine the following situation. In the US there would be a political system like in Britain with a prime minister who is elected by the majority of the House of Representatives. People would not vote directly for a candidate but for a political party. Now imagine there are elections for the House of Representatives and the described candidate A. is leader of the Republican Party and the described candidate C. is leader of the Democratic Party. Who would you vote for?"

11 Die Befragten sollten zu Beginn des Fragebogens auch ihre eigene Meinung zu diesen Sachfragen angeben, damit auch die wahrgenommenen Issue-Distanzen zu den Kandidaten berechnet werden können.

expliziten „Weiß nicht“-Option. Analysiert werden im Folgenden sowohl der Anteil der abgegebenen Urteile auf den einzelnen Dimensionen als auch die Richtung dieser Urteile. Als weitere abhängige Variable dient schließlich die Wahlentscheidung in den jeweiligen Versuchsbedingungen.

### 3 Ergebnisse

#### Schließen Versuchspersonen von den politischen Standpunkten der Kandidaten auf deren Charaktereigenschaften oder umgekehrt?

Als erste Frage wird untersucht, ob Wähler Informationen über den Charakter der Kandidaten oder über die politischen Standpunkte der Kandidaten nutzen, um auf den jeweils anderen Aspekt der Kandidatenbewertung zu schließen. Werden also die jeweilig verfügbaren Informationen genutzt, um auch Urteile über Aspekte des Kandidaten zu fällen, für die gar keine substantiellen Informationen zur Verfügung stehen?<sup>12</sup> Je nachdem, ob und wie stark Wähler von den politischen Standpunkten der Kandidaten auf deren Charakter schließen oder umgekehrt, ist die politische Substanz von Kandidatenurteilen mehr oder weniger stark zu hinterfragen. Zunächst wird analysiert, ob Wähler Informationen über politische Standpunkte nutzen, um sich auch Urteile über den Charakter der Kandidaten zu bilden. Analysiert werden also in einem ersten Schritt nur Bedingung 1 und 2, in denen die Versuchspersonen keine substantiellen Informationen über den Charakter haben. Abbildung 1 gibt den Anteil der abgegebenen Urteile über die Charaktereigenschaften der Kandidaten an, jeweils für den Fall, dass die Versuchspersonen Informationen über die politischen Standpunkte der Kandidaten erhalten haben oder nicht.<sup>13</sup>

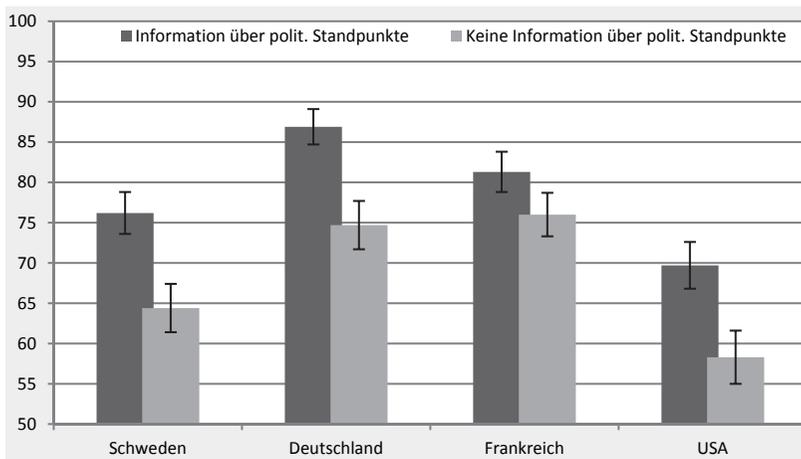
Die Versuchspersonen sehen sich deutlich häufiger in der Lage, ein Urteil über die Charaktereigenschaften der Kandidaten zu treffen, wenn sie Informationen über deren politische Standpunkte haben als wenn sie diese nicht haben. In allen vier Ländern ist der Unterschied zwischen den beiden Versuchsbedingungen signifikant (zweiseitiger t-Test: Schweden:  $t=5,38$ ;  $p<.001$ ; Deutschland:  $t=5,38$ ;  $p<.001$ ; Frankreich:  $t=3,21$ ;  $p<.01$ ; USA:  $t=5,56$ ;  $p<.001$ ). Am stärksten sind sie in den USA, Schweden und Deutschland. In Frankreich ist der Unterschied etwas geringer. Versuchspersonen leiten also offensichtlich Charaktereigenschaften der

12 Je stärker das der Fall ist, desto größer sollte auch insgesamt das Endogenitätsproblem der Ergebnisse der klassischen Umfrageforschung sein.

13 Dabei werden alle möglichen Bewertungen des Kandidatencharakters herangezogen. Insgesamt wurden zu jedem Kandidaten drei Fragen bezüglich des Charakters gestellt.

Kandidaten von deren politischen Standpunkten ab. Der Befund gilt für alle vier untersuchten Länder. Die Unterschiede zwischen den vier Ländern sind gering.

Abbildung 1 Schließen von politischen Standpunkten auf Kandidatencharakter

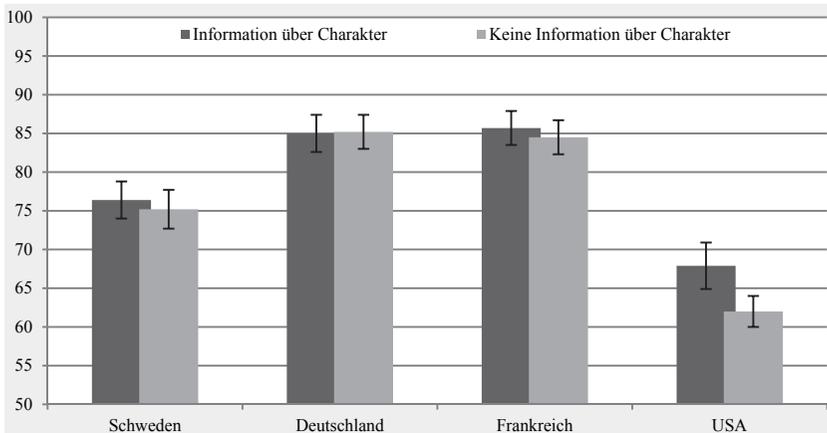


Mittelwerte abgegebener Urteile bei den drei Charaktereinschätzungen, Standardfehler um den Mittelwert. Versuchsbedingungen 1 und 2.

Nun stellt sich die Frage, ob der Zusammenhang auch umgekehrt gilt: erschließen sich Versuchspersonen auch politische Standpunkte aus den Charakterbeschreibungen der Kandidaten? Um diese Frage zu beantworten, wenden wir uns den Versuchsgruppen zu, die Information über den Kandidatencharakter erhalten haben, aber keine Informationen über die politischen Standpunkte der Kandidaten (Versuchsbedingungen 3 und 4). Abbildung 2 gibt den Anteil der abgegebenen Urteile über die Issue-Positionen der Kandidaten an, jeweils für den Fall, dass die Versuchspersonen Informationen über den Charakter der Kandidaten bekommen haben oder nicht.<sup>14</sup>

14 In beiden Fällen haben die Versuchspersonen keine substantiellen Informationen über die politischen Standpunkte der Kandidaten.

Abbildung 2 Schließen von Charakterbeschreibung auf politische Standpunkte der Kandidaten



Mittelwerte abgegebener Urteile bei den drei Sachfragen, Standardfehler. Versuchsbedingungen 3 und 4.

Die Unterschiede zwischen den Versuchsbedingungen sind hier sehr gering. In Schweden, Frankreich und Deutschland ergeben sich keine signifikanten Unterschiede: die zusätzliche Information über den Kandidaten-Charakter erhöht nicht die Wahrscheinlichkeit, Aussagen über die Issue-Positionen der Kandidaten zu treffen. In diesen Ländern scheinen die Versuchspersonen also nicht von Charakterinformationen auf politische Positionen der Kandidaten zu schließen.<sup>15</sup> Der Kandidatencharakter wird offensichtlich nicht als Heuristik angewandt, um auf politische Standpunkte zu schließen. Ein etwas anderes Bild zeigt sich in den USA: Dort ergibt sich ein signifikanter Unterschied (zweiseitiger t-Test:  $t=3,41$ ;  $p<.001$ ) zwischen den Versuchsgruppen. Während sich die Befragten in der Bedingung mit Informationen über den Kandidatencharakter in 68 Prozent der Fälle ein Urteil über die politischen Positionen der Kandidaten zutrauten, sind es in der Bedingung ohne Information über den Kandidatencharakter nur 62 Prozent. Dieser Unterschied ist zwar deutlich geringer als oben für den umgekehrten Fall des Schließens von politischen Positionen auf Charaktereigenschaften beschrieben. Dennoch lässt sich für die USA

15 Der hohe Anteil an Versuchspersonen, die sich in beiden Bedingungen ein Urteil über die politischen Standpunkte zutrauen, überrascht etwas. Die vergleichsweise hohen Werte lassen sich möglicherweise durch die Tatsache erklären, dass die Versuchspersonen ja die Parteizugehörigkeiten der Kandidaten in allen Bedingungen genannt bekommen haben. Da sie darüber hinaus keine Informationen über die spezifischen Standpunkte haben, scheinen die Versuchspersonen in vielen Fällen einfach ihre Urteile über die Issue-Positionen der Parteien auf die Issue-Positionen der Kandidaten übertragen zu haben.

feststellen, dass sich Probanden offensichtlich eher in der Lage sehen, die politischen Standpunkte der Kandidaten einzuschätzen, wenn sie Informationen über deren Charakter haben. Dieses Ergebnis legt möglicherweise eine etwas größere Bedeutung der politischen Standpunkte in Ländern mit parlamentarischem System nahe und eine etwas eigenständigere Rolle von Charakterbewertungen in Ländern mit präsidentiellem System. Bei der Interpretation der Länderunterschiede ist aber natürlich Vorsicht geboten, da die einzelnen Samples keine Zufallsstichproben der jeweiligen Bevölkerung darstellen. Gleichzeitig bleibt das Hauptmuster von den Unterschieden zwischen den Ländern ja auch unberührt: sowohl in Ländern mit präsidentiellem System als auch in Ländern mit parlamentarischem System schließen Versuchspersonen von politischen Standpunkten auf Charaktereigenschaften, aber nicht oder nicht so stark von den Charaktereigenschaften auf politische Standpunkte.

### Gleichen Wähler ihre Einschätzung des Kandidatencharakters an die Beurteilung der politischen Standpunkte an und umgekehrt?

Der Nachweis, dass Wähler ein Urteil über den Charakter von Kandidaten abgeben, wenn sie Informationen über deren politische Standpunkte haben, sagt noch nichts darüber aus, ob Wähler auch ihr Urteil an die gegebene Information anpassen. Im nächsten Schritt wird deshalb die Frage untersucht, ob und wie sehr Wähler Urteile über den Kandidatencharakter an Urteile über deren politische Standpunkte angleichen und umgekehrt. Mit den hier vorgestellten Experimenten kann diese Frage untersucht werden, indem in den jeweils verschiedenen Versuchsbedingungen der Einfluss des einen Urteils auf das andere Urteil berechnet wird.

Zunächst zum Einfluss der politischen Bewertungen auf die Urteile zum Kandidatencharakter: Hierfür werden die Versuchsgruppen herangezogen, die Informationen über die politischen Standpunkte der Kandidaten haben (Versuchsbedingungen 1 und 2). Als abhängige Variable dienen die aufsummierten Einschätzungen der Kandidateneigenschaften – Glaubwürdigkeit, Führungsstärke und Charisma. Je höher dieser Wert, desto positiver wird der jeweilige Kandidatencharakter gesehen. Aus den Einschätzungen der Issue-Positionen der Kandidaten und den eigenen Positionen der Versuchspersonen zu diesen Sachfragen wird die unabhängige Variable der politischen Distanz zu den einzelnen Kandidaten berechnet. Hierzu wird für jede einzelne Sachfrage die Differenz der eigenen Position mit der wahrgenommenen Position der Kandidaten berechnet und die Beträge der Differenzen aufsummiert. Je höher der Wert dieser „Issue-Distanz“, desto größer ist die politische Distanz zu den jeweiligen Kandidaten. Als Kontrollvariable dient die Identifikation

mit der Partei des jeweiligen Kandidaten. Da die Parteizugehörigkeit der Kandidaten jeweils gegeben ist, erscheint es möglich, dass Versuchspersonen vor allem von einem *WahrnehmungsfILTER* ihrer Parteiidentifikation beeinflusst werden und weniger von den spezifischen Informationen über die Kandidaten. Daneben wird jeweils der Studentenanteil im Sample kontrolliert.<sup>16</sup>

Da der Wirkungsmechanismus bei beiden jeweils beschriebenen Kandidaten gleich sein sollte, wird für jedes Experiment nur ein Modell für beide jeweils beschriebenen Kandidaten geschätzt. Der Datensatz wird folglich zweifach *gestapelt*. Jeder Befragte trägt dann zwei Bewertungen zu dem Datensatz bei, die Bewertungen sind entsprechend nicht unabhängig. Folglich werden alle Antworten eines Befragten als „Cluster“ behandelt und robuste Standardfehler, die für diese Cluster korrigieren, geschätzt<sup>17</sup>. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der OLS-Regressionen auf die Einschätzungen des Kandidatencharakters.

Tabelle 2 Einfluss der Issue-Distanz auf die Einschätzungen des Kandidatencharakters

	Einschätzung des Kandidatencharakters			
	Schweden	Deutschland	Frankreich	USA
Issue-Distanz zu Kandidaten	-.41 (.10)***	-.43 (.10)***	-.18 (.11)	-.34 (.11)**
Identifikation mit Partei des Kandidaten	.10 (.04)**	.08 (.04)*	.07 (.05)	.07 (.04)
Bildung: Student	.05 (.04)	.02 (.05)	.03 (.05)	.06 (.04)
Konstante	.71 (.05)***	.83 (.06)***	.70 (.05)***	.73 (.06)***
R <sup>2</sup>	.22	.19	.04	.15
ΔR <sup>2</sup> Issue-Distanz	.11	.12	.02	.09
N (Bewertungen)	175	171	139	122
N (Befragte)	91	91	72	68

Bedingungen 1 und 2: Zellen enthalten Koeffizienten der linearen Regressionen. Robuste Standardfehler (korrigiert für die Cluster) in Klammern. \*\*\*  $p < .001$  \*\*  $p < .01$  \*  $p < .05$

In drei der vier Experimente kommt es zu einer deutlichen und signifikanten Angleichung des Charakterurteils an die wahrgenommene politische Distanz zum Kandidaten. Je größer die Issue-Distanz zum Kandidaten wahrgenommen wurde, desto negativer wird dessen Charakter eingeschätzt. Dieser Effekt gilt für Deutschland,

16 Neben der Erfassung, ob es sich bei den Befragten um Studenten handelt oder nicht, wurde leider in den Experimenten die formale Bildung nicht zusätzlich erfasst.

17 Wegen fehlender Angaben tragen nicht alle Befragten exakt gleich viele Bewertungen bei.

Schweden und die USA. Lediglich in Frankreich hat die Issue-Distanz keinen signifikanten Effekt auf den Kandidatencharakter.<sup>18</sup> Die Effekte für die Parteiidentifikation sind deutlich kleiner und erreichen in Frankreich und den USA auch keine Signifikanz. Aufschlussreich ist dabei auch der Wert der zusätzlich erklärten Varianz bei Hinzunahme der Issue-Distanz. In Deutschland erhöht sich beispielsweise das  $R^2$  im Vergleich zu einem Basismodell ohne die Variable der Issue-Distanz von .07 auf .19. Die Veränderung der erklärten Varianz ist in Schweden sehr ähnlich, und auch in den USA ist sie beträchtlich. Die Charakterzuschreibung erfolgte also weniger aufgrund der Identifikationen mit einer Partei als aufgrund der wahrgenommenen politischen Distanz zu dem Kandidaten.

Nun stellt sich die Frage, ob Versuchspersonen in Bedingungen, in denen keine Informationen über die Standpunkte der Kandidaten gegeben sind, dafür aber über den Charakter (Bedingungen 3 und 4), auch den umgekehrten Schluss machen. Gleichen also Versuchspersonen ihre Urteile über Issue-Positionen der Kandidaten auch an ihre Urteile über den Charakter der Kandidaten an, wenn sie Informationen über den Charakter haben, aber nicht über die politischen Standpunkte der Kandidaten? Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse der OLS-Regressionen auf die wahrgenommenen Issue-Distanzen zu den jeweiligen Kandidaten in den verschiedenen Ländern. Der Datensatz ist wiederum zweifach gestapelt mit maximal zwei Bewertungen pro Befragtem. Als unabhängige Variable dient nun die Einschätzung des Kandidatencharakters, es wird wiederum die Identifikation mit der Partei des Kandidaten berücksichtigt und für den Studentenanteil im Experiment kontrolliert.

18 Berechnet man eigene Modelle für die einzelnen Kandidaten und Versuchsbedingungen, zeigt sich ein signifikanter Effekt in den meisten Modellen, aber eben nicht in allen (siehe auch Sperber 2007). Wenn die Bewertungen eines Kandidaten in einer Bedingung herausgenommen werden, ergibt sich auch für Frankreich ein signifikanter Effekt. Da aber nicht ersichtlich ist, ob es sich bei der Bewertung dieses Kandidaten in dieser Bedingung um ein methodisches Artefakt handelt, werden hier – wie bei allen anderen drei Ländern auch – alle Bewertungen verwendet.

Tabelle 3 Einfluss der Charaktereinschätzung auf die wahrgenommene Issue-Distanz zu den Kandidaten

	Wahrgenommene Issue-Distanz zu Kandidat			
	Schweden	Deutschland	Frankreich	USA
Charaktereinschätzung	-.24 (.07)**	-.14 (.07)*	-.20 (.08)*	-.10 (.09)
Identifikation mit Partei des Kandidaten	-.13 (.04)**	-.19 (.03)***	-.07 (.05)*	-.17 (.04)***
Bildung: Student	-.12 (.04)**	.04 (.03)	.06 (.03)*	-.01 (.04)
Konstante	.65 (.05)***	.56 (.06)***	.49 (.05)***	.55 (.07)***
R <sup>2</sup>	.18	.18	.08	.11
ΔR <sup>2</sup> Charaktereinschätzung	.06	.02	.05	.01
N (Bewertungen)	137	179	171	116
N (Befragte)	78	98	91	64

Bedingungen 3 und 4, Zellen enthalten OLS-Koeffizienten. Robuste Standardfehler (korrigiert für die Cluster) in Klammern. \*\*\*  $p < .001$  \*\*  $p < .01$  \*  $p < .05$

Die Effekte der Charaktereinschätzung auf die wahrgenommene Issue-Distanz zu den Kandidaten sind insgesamt deutlich geringer als in die andere Richtung. In Schweden und Frankreich hat die Charaktereinschätzung einen signifikanten Effekt, in Deutschland lediglich auf dem 10-Prozent-Niveau, in den USA ist der Effekt nicht signifikant. Zumindest für Schweden und Frankreich gilt also auch die umgekehrte Anpassung an die gegebenen Informationen. Je positiver der Charakter der Kandidaten dargestellt und wahrgenommen wird, desto geringer wird die Issue-Distanz zu dem Kandidaten wahrgenommen. Die Identifikation mit der Partei des jeweiligen Kandidaten hat in allen vier Experimenten den zu erwartenden Effekt. Wenn Versuchspersonen sich mit der Partei eines Kandidaten identifizieren, schätzen sie die Issue-Distanz zu ihm geringer ein als wenn sie sich nicht mit dessen Partei identifizieren. Das erscheint in Abwesenheit von spezifischen Informationen über die Standpunkte der Kandidaten durchaus rational. Die Vorstellungen über die Parteien werden auf die Kandidaten übertragen. Für unsere Fragestellung bleibt festzuhalten, dass die zusätzlichen Informationen über den Charakter in zwei der vier Experimente zwar auch einen Einfluss auf Einschätzungen der Issue-Distanzen haben, der Einfluss aber auch dort relativ gering ist. Das wird auch an den Veränderungen der erklärten Distanz im Vergleich zu einem Basismodell ohne Charaktereinschätzungen deutlich. So erhöht sich das R<sup>2</sup> beispielsweise in Deutschland lediglich von .16 auf .18, wenn die Charaktereinschätzungen hinzugenommen werden.

Die Analysen der einzelnen Experimente in den Tabellen 2 und 3 zeigen also ein vergleichsweise eindeutiges Bild: Versuchspersonen gleichen die Bewertung des

Charakters relativ stark an politische Bewertungen an. Umgekehrt gilt das zwar auch, aber in deutlich geringerem Umfang. Insgesamt überwiegen – über die einzelnen Experimente hinweg – die Gemeinsamkeiten bei der Angleichung politischer und unpolitischer Urteile. Ein moderierender Einfluss des Länderkontexts ist kaum festzustellen. Will man die geringen Unterschiede zwischen den Ländern dennoch interpretieren, lässt sich allenfalls auf eine etwas eigenständigere Urteilsbildung in präsidentiellen Systemen verweisen. Befragte gleichen dort ihre Einzelurteile weniger stark aneinander an.

## Wahlentscheidung und institutioneller Kontext

Die bisherigen Analysen nutzten nur eine Variation des Experiments, nämlich die unterschiedlichen Kandidatenbeschreibungen. Die andere experimentelle Manipulation betrifft die Situation der hypothetischen Wahlentscheidung, vor die Versuchspersonen gestellt werden. In der parlamentarischen Bedingung werden die Versuchspersonen gebeten, sich vorzustellen, die zwei jeweils substantiell beschriebenen Kandidaten wären die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien in einer Parlamentswahl. In der präsidentiellen Bedingung werden sie dagegen gebeten, sich vorzustellen, die beiden Kandidaten wären die zur Auswahl stehenden Präsidentschaftskandidaten in einer präsidentiellen Direktwahl. So kann versucht werden, den reinen institutionellen Effekt einer präsidentiellen Direktwahl im Gegensatz zu einer parlamentarischen Wahl von Parteien mit Spitzenkandidaten zu beleuchten. Gleichzeitig ermöglicht die parallele Durchführung der Experimente in Ländern mit parlamentarischem und präsidentiellem System auch die tentative Untersuchung des institutionellen Hintergrunds der Versuchspersonen. Wenn der institutionelle Kontext der Wahlentscheidung den unterschiedlich starken Einfluss verschiedener Informationen moderiert, sollten sich Effekte der experimentellen Manipulation finden. Wenn sich Wähler durch ihren realen politischen Kontext an eine bestimmte Art der Entscheidungsbildung gewöhnt haben, sollten sich zusätzlich oder ausschließlich Ländereffekte zeigen.

Die unterschiedlichen Arten von Informationen, die die Probanden in den verschiedenen Bedingungen über die Kandidaten erhalten, ermöglichen jeweils zu untersuchen, welche Rolle diese Informationen in verschiedenen institutionellen Kontexten der Wahlentscheidung spielen. Wenn Wähler generell Spitzenkandidaten eine geringe Bedeutung beimessen und eher nach allgemeinen politischen Prädispositionen entscheiden, haben sie in den Experimenten jeweils die Rückfallmöglichkeit, einfach nach ihren Parteipräferenzen zu wählen. Damit müssen sie ihre Entscheidung in der hypothetischen Wahl nicht notgedrungen an den ihnen zur

Verfügung stehenden Beschreibungen des Charakters oder der politischen Standpunkte der Kandidaten ausrichten. Sie können immer auch lediglich nach der Parteizugehörigkeit der Kandidaten entscheiden und die spezifischen Informationen über die Kandidaten ausblenden. Analysiert wird nun, in welchem institutionellen Kontext die Versuchspersonen ihre Entscheidung stärker an den Kandidaten ausrichten: Werden bei einer präsidentiellen Direktwahl allgemein alle Informationen über die Kandidaten stärker gewichtet als bei Parlamentswahlen? Oder gilt das nur für unpolitische Charaktereigenschaften, aber nicht für die spezifischen politischen Standpunkte der Kandidaten? Oder ist die „Präsidentialisierung“ von Parlamentswahlen so stark, dass der institutionelle Kontext der Wahlentscheidung gar keine Rolle spielt und Wähler bei Parlamentswahlen den Eigenschaften von Spitzenkandidaten eine ähnliche Rolle zuweisen, wie sie es bei den Kandidaten einer präsidentiellen Direktwahl machen würden?

Zunächst zum Einfluss des Charakters der Kandidaten: Hierfür werden entsprechend nur die Versuchspersonen herangezogen, die auch substantielle Beschreibungen des Kandidatencharakters erhalten haben (Bedingung 3 und 4). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Auswahlmenge in der präsidentiellen und der parlamentarischen Bedingung nicht die gleiche ist. Während für die Befragten in der parlamentarischen Bedingung in diesen drei Ländern mit Mehrparteiensystem natürlich alle anderen im Parlament befindlichen Parteien zur Auswahl stehen, ist die Auswahlmenge in der Bedingung einer präsidentiellen Direktwahl notgedrungen nicht so groß und enthält neben den beschriebenen Kandidaten der beiden größten Parteien lediglich die Option „Wahl für einen anderen Kandidaten“. Ein multinomiales Modell der Wahlentscheidung sollte diese Unterschiede im *choice set* etwas auffangen. Als Ausprägungen der abhängigen Variablen dienen dabei die Wahl des positiv beschriebenen Kandidaten (bzw. der Partei mit diesem Kandidaten), die Wahl des negativ beschriebenen Kandidaten (bzw. der Partei mit diesem Kandidaten) und die Wahl für einen anderen Kandidaten (bzw. Partei). Zentrale unabhängige Variable ist die experimentelle Manipulation des Wahlmodus. Erwartet wird ein positiver Effekt der präsidentiellen Bedingung auf die Wahl des positiv beschriebenen Kandidaten im Vergleich zum negativ beschriebenen Kandidaten. Zusätzlich kann in der multivariaten Analyse der Länderkontext der Experimente berücksichtigt werden. Die Erwartung ist hier entsprechend, dass Versuchspersonen in Ländern mit präsidentiellen Systemen die Charakterbeschreibungen stärker gewichten und eher für den positiv beschriebenen Kandidaten stimmen. Als dritte unabhängige Variable wird die Bildung der Befragten untersucht. Die Studenten in unserem Sample sollten als „Experten“ den Charakterbeschreibungen insgesamt eine geringere Bedeutung geben als die anderen Befragten. Zur Kontrolle der

Parteianhängerschaft werden schließlich zwei dichotome Variable eingeführt: die Identifikation mit der Partei des positiv beschriebenen Kandidaten und die Identifikation mit der Partei des negativ beschriebenen Kandidaten. Während erstere einen stark positiven Effekt auf die Wahl des positiv beschriebenen Kandidaten haben sollte, sollte der Effekt der letzteren stark negativ sein. In Tabelle 4 sind die Ergebnisse des multinomialen logit-Modells beschrieben, dargestellt ist der Kontrast zwischen der Wahl für den positiv beschriebenen Kandidaten und der Wahl für den negativ beschriebenen Kandidaten bzw. deren Parteien.<sup>19</sup>

Tabelle 4 Multinomiales Logit-Modell: Wahlentscheidung, Charakterbeschreibung und institutioneller Kontext

	Wahl für positiv beschriebenen Kandidaten vs. negativ beschriebenen Kandidaten
Versuchsbedingung: präsidentiell	.57 (.24)*
Land: präsidentiell	-.32 (.25)
Bildung: Student	-.46 (.25)
Parteineigung für positiv beschriebenen Kandidaten	2.34 (.43)***
Parteineigung für negativ beschriebenen Kandidaten	-1.88 (.28)***
Konstante	.51 (.27)
Pseudo-R <sup>2</sup>	.23
N	626

*Nur Versuchsbedingungen mit Charakterbeschreibung. (Bedingungen 3 und 4) Zellen enthalten Koeffizienten der multinomialen Regression mit Standardfehlern in Klammern. Dargestellt ist der Kontrast zwischen der Wahl des positiv beschriebenen Kandidaten und des negativ beschriebenen Kandidaten. \*\*\* p < .001 \*\* p < .01 \* p < .05*

Der experimentell manipulierte institutionelle Kontext der Wahlentscheidung hat den erwarteten signifikanten Effekt. In der präsidentiellen Bedingung wählen die Befragten mit einer höheren Wahrscheinlichkeit den positiv beschriebenen im Vergleich zum negativ beschriebenen Kandidaten. Der reale institutionelle Kontext des Landes hat dagegen keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Befragte in den USA und Frankreich legen demnach keinen größeren Wert auf den Charakter der Kandidaten als Befragte in Deutschland und Schweden. Das Vorzeichen weist sogar in die umgekehrte Richtung, wonach Versuchspersonen in den Ländern mit präsidentiellem System sogar etwas häufiger den negativ beschriebenen Kandidaten wählen. Der Effekt der Bildung geht in die erwartete Richtung, ist aber nur auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Studierende legen etwas weniger Wert auf die Cha-

19 Dabei handelt es sich um den gepoolten Datensatz aller vier Experimente.

raktereigenschaften der Kandidaten. Die Kontrollvariablen haben schließlich den erwarteten starken Effekt: der positiv beschriebene Kandidat wird mit einer sehr viel höheren Wahrscheinlichkeit gewählt, wenn die Befragten sich mit dessen Partei identifizieren. Das gleiche gilt umgekehrt auch für den negativ beschriebenen Kandidaten. Von den untersuchten erklärenden Variablen hat also – bei Kontrolle der Parteienanhängerschaft – nur die institutionelle Ausgestaltung und mit Abstrichen die Bildung einen signifikanten Effekt. Dabei ist der Einfluss der Institution auf die Wahl des positiv beschriebenen Kandidaten deutlich größer (durchschnittlicher marginaler Effekt: .12) als der Einfluss der Bildung (durchschnittlicher marginaler Effekt: .01).

In einem zweiten Schritt wird nun die Rolle der Kandidatenpositionen in unterschiedlichen institutionellen Kontexten untersucht. Möglich ist, dass auch hier Wähler in einer präsidentiellen Direktwahl stärker auf Kandidateninformationen achten. Sie sollten dann unabhängig von der Parteizugehörigkeit des Kandidaten die spezifischen politischen Standpunkte der Kandidaten stärker gewichten und entsprechend häufiger den Kandidaten wählen, der ihnen aufgrund seiner Standpunkte politisch näher steht. Untersucht werden nun also nur die Befragten, die Informationen über die persönlichen Standpunkte der Kandidaten erhalten haben (Versuchsbedingung 1 und 2). Da die Positionen der Kandidaten in beiden Bedingungen jeweils variiert wurden – der sozialdemokratische Kandidat wird einmal als eher mittig, einmal als eher links und der konservative Kandidat wird einmal als eher mittig und einmal als eher rechts beschrieben – sollten sich jeweils andere Befragte von den Kandidaten angezogen oder abgestoßen fühlen. Der politisch nahestehende Kandidat muss dann nicht unbedingt derjenige sein, der der Partei angehört, mit der sich ein Befragter identifiziert. Ein Wähler der politischen Mitte, der eigentlich ein Anhänger der SPD ist, aber mit einem mittigen CDU-Kandidaten und einem linken SPD-Kandidaten konfrontiert ist, mag sich dann zum Beispiel für die Wahl der CDU entscheiden, wenn er die persönlichen Standpunkte der Kandidaten nur hoch genug gewichtet. Die Wahl des nahestehenden Kandidaten bzw. der Partei des nahestehenden Kandidaten ist deshalb – über die Versuchsbedingungen hinweg – ein gutes Maß für den Wert, den Versuchspersonen Kandidatenbeschreibungen geben. Ermittelt wird der jeweils nahestehende Kandidat über die wahrgenommene Distanz zu den beiden substantiell beschriebenen Kandidaten bei den abgefragten Sachfragen. Der Kandidat, zu dem die Versuchsperson die geringere aggregierte Distanz aufweist, wird als der nahestehende Kandidat kodiert.

Zur Überprüfung wird auch hier ein multivariates Modell der gepoolten Daten geschätzt, das neben dem experimentell manipulierten institutionellen Kontext der Wahlentscheidung auch den institutionellen Kontext des Herkunftslandes

und die Bildung der Befragten analysiert. Als abhängige Variable des multinomialen Modells dient analog zu oben die Wahlentscheidung in drei Ausprägungen: die Wahl für den jeweils nahestehenden Kandidaten oder dessen Partei, die Wahl für den jeweils weniger nahestehenden Kandidaten oder dessen Partei und die Wahl eines anderen Kandidaten oder einer anderen Partei. Wenn sich die Befragten in der präsidentiellen Versuchsbedingung stärker von den spezifischen Informationen über die Kandidaten beeinflussen lassen, sollte sich also ein positiver Effekt der Manipulation auf die Wahl des nahestehenden Kandidaten zeigen. Ähnlich sollte es einen positiven Effekt für das politische System des Herkunftslandes geben, wenn Befragte in präsidentiellen Ländern spezifische Kandidateninformationen allgemein stärker gewichten bzw. wenn Befragte in parlamentarischen Ländern allgemein stärker nach ihren Parteipräferenzen entscheiden. Bei der Bildung ist die Erwartung weniger eindeutig als oben für die Charaktereigenschaften der Kandidaten. Die Studenten sollten als „Experten“ den spezifischen politischen Positionen der Kandidaten vor allem bei einer präsidentiellen Wahlentscheidung größere Bedeutung beimessen, nicht so sehr aber in der parlamentarischen Bedingung, da die persönlichen Positionen der Spitzenkandidaten in einem parlamentarischen System in Relation zu den allgemeinen Positionen ihrer Parteien (und ggf. auch Koalitionspartner) weniger Gewicht haben. Die Parteipräferenzen der Befragten werden wiederum durch zwei Dummy-Variablen kontrolliert, die jeweils angeben, ob die Versuchsperson sich mit der Partei des nahestehenden Kandidaten oder des weniger nahestehenden Kandidaten identifiziert. In Tabelle 5 werden die Ergebnisse dargestellt. Dargestellt ist jeweils nur der Kontrast zwischen der Wahl des nahestehenden Kandidaten im Vergleich zum nicht nahestehenden Kandidaten bzw. zwischen deren Parteien.

Tabelle 5    Multinomiales Logit-Modell: Wahlentscheidung, politische Positionen der Kandidaten und institutioneller Kontext

	Wahl für nahestehenden Kandidaten vs. nicht nahestehenden Kandidaten
Versuchsbedingung: präsidentiell	-.01 (.29)
Land: präsidentiell	-.30 (.30)
Bildung: Student	-.09 (.30)
Parteineigung für nahestehenden Kandidaten	2.13 (.37)***
Parteineigung für nicht nahestehenden Kandidaten	-3.93 (.62)***
Konstante	1.10 (.34)**
Pseudo-R <sup>2</sup>	.26
N	586

*Nur Versuchsbedingungen mit Beschreibung der politischen Standpunkte. (Bedingungen 1 und 2). Zellen enthalten Koeffizienten der multinomialen Regression mit Standardfehlern in Klammern. Dargestellt ist der Kontrast zwischen der Wahl des nahestehenden Kandidaten und des nicht nahestehenden Kandidaten. \*\*\* p<.001 \*\*p <.01 \*p<.05*

Der institutionelle Kontext hat hier keinerlei Effekt auf die Wahl. Versuchspersonen stimmen nicht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für den ihnen nahestehenden Kandidaten, wenn dieser in einer präsidentiellen Direktwahl antritt – im Vergleich zu der Situation, in der der Kandidat als Spitzenkandidat seiner Partei in einer parlamentarischen Wahl antritt. Auch der institutionelle Kontext des Landes hat keinen signifikanten Effekt. Versuchspersonen in den USA und Frankreich legen danach nicht mehr Wert auf die spezifische Issue-Distanz zu den Kandidaten. Das Vorzeichen ist hier sogar negativ: danach legen Versuchspersonen in Ländern mit parlamentarischem System etwas mehr Wert auf die Kandidatenstandpunkte. Die Kontrollvariablen für die Parteipräferenzen der Befragten haben jeweils den erwarteten starken Effekt: der nahestehende Kandidat bzw. dessen Partei wird mit höherer Wahrscheinlichkeit gewählt, wenn die Befragten sich mit der Partei identifizieren. Das gleiche gilt für die Wahl des weniger nahestehenden Kandidaten. Der Einfluss der Parteipräferenzen ist groß, aber nicht überwältigend. Es bleibt ein eigenständiger Effekt der Kandidaten, der sich auch in der signifikant positiven Konstanten ausdrückt.<sup>20</sup>

Kandidateneigenschaften haben, nach diesen Ergebnissen zu urteilen, bei politischen Wahlentscheidungen nicht ein grundsätzlich größeres Gewicht bei

20 Die Konstante beschreibt den Koeffizienten für die Wahl des nahestehenden gegenüber dem nicht nahestehenden Kandidaten, sofern alle unabhängigen Variablen im Modell gleich Null sind.

präsidentiellen als bei parlamentarischen Wahlentscheidungen. Es kommt darauf an, ob es sich dabei um politische oder eher unpolitische Eigenschaften der Kandidaten handelt. Die Beschreibung der persönlichen politischen Standpunkte der Kandidaten hat in der parlamentarischen Bedingung einen ähnlich großen Einfluss wie in der präsidentiellen Bedingung. Versuchspersonen gewichteten die spezifischen Standpunkte der Kandidaten sowohl bei einer präsidentiellen Direktwahl als auch bei einer Parlamentswahl mit den Kandidaten als Spitzenkandidaten ihrer Parteien relativ stark. Ein anderes Bild ergibt sich bei der eher unpolitischen Persönlichkeit der Kandidaten. Die wird nach diesen Ergebnissen bei Präsidentschaftswahlen deutlich stärker gewichtet als in Parlamentswahlen. Versuchspersonen berücksichtigen die Charakterbeschreibungen der Kandidaten vor allem dann in ihrer Wahlentscheidung, wenn sie in die hypothetische Situation einer präsidentiellen Direktwahl versetzt werden. Wähler berücksichtigen danach die spezifischen politischen Standpunkte der Kandidaten sowohl bei präsidentiellen als auch bei parlamentarischen Wahlentscheidungen, die spezifischen Charaktereigenschaften der Kandidaten werden dagegen fast nur in der präsidentiellen Wahlentscheidung berücksichtigt.

## 4 Fazit

In den vier Experimenten in Deutschland, Frankreich, Schweden und den USA konnten zunächst die Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Aspekten der Kandidatenbeurteilung untersucht werden, die sich so mit Umfragedaten zu realen politischen Kandidaten nicht abbilden lassen. Dabei zeigte sich, erstens, dass die Versuchspersonen in allen vier untersuchten Ländern von den politischen Standpunkten der Kandidaten auf deren Charaktereigenschaften schlossen, aber nicht umgekehrt von den Charaktereigenschaften der Kandidaten auf deren Standpunkte. Die umgekehrte Richtung des Schließens fand sich, schwächer ausgeprägt, lediglich in den USA. Zweitens zeigte sich auch bei der Angleichung der verschiedenen Aspekte der Kandidatenbewertung ein vergleichsweise stabiles Muster: Befragte glichen ihre Urteile über den Charakter der Kandidaten stärker an politische Bewertungen an als umgekehrt. Das galt jeweils unabhängig vom Länderkontext der Experimente. Leichte Unterschiede zwischen den Ländern fanden sich allerdings bei der Stärke des Effekts: Versuchspersonen in präsidentiellen Systemen haben die Charakterbewertungen vergleichsweise etwas weniger stark an ihre politischen Bewertungen der Kandidaten angeglichen als Befragte in Ländern mit parlamentarischem System. Das spricht insgesamt für eine etwas eigenständigere

und wichtigere Rolle von unpolitischen Charaktereigenschaften der Kandidaten bei der Urteilsbildung in präsidentiellen Systemen. Drittens zeigte sich bei der Wahlentscheidung ein Effekt des experimentell manipulierten Wahlmodus. Die institutionelle Ausgestaltung des Wahlmodus hatte einen systematischen Einfluss auf die Rolle von unpolitischen Kandidateneigenschaften bei Wahlentscheidungen. Bei der präsidentiellen Direktwahl legen Versuchspersonen ein größeres Gewicht auf die Charaktereigenschaften der Kandidaten als bei parlamentarischen Wahlentscheidungen. Auffällig ist dabei auch, dass die Kandidateneigenschaften bei präsidentiellen Wahlentscheidungen keinen grundsätzlich größeren Einfluss haben. Die spezifischen politischen Standpunkte der Kandidaten werden bei parlamentarischen Entscheidungen genauso stark berücksichtigt wie bei präsidentiellen. Ein Einfluss des Wahlmodus lässt sich nur bei den unpolitischen Eigenschaften nachweisen, dort aber relativ stabil über alle vier Experimente hinweg.

Mit Hilfe des Untersuchungsdesigns konnten also einige Erkenntnisse bezüglich der Endogenität politischer Urteilsbildung gewonnen werden: Wähler schließen eher von politischen auf unpolitische Eigenschaften von Kandidaten und adaptieren ihre Charaktereinschätzungen auch eher an politische Bewertungen. Dennoch zeigt sich auch eine Anpassung in die andere Richtung. Die Befunde unterstreichen also die Endogenität politischer Urteile. Wähler bilden sich häufig nicht voneinander unabhängige Urteile zu politischen und unpolitischen Aspekten von Kandidaten. Antworten von Wählern in Bevölkerungsumfragen zu unterschiedlichen Aspekten realer politischer Kandidaten sind damit immer nur mit Vorsicht zu interpretieren. Nach den Befunden der Experimente haben vor allem auch scheinbar unpolitische Bewertungen von Spitzenkandidaten häufig eine politische Grundlage. Gleichzeitig kann aber auch umgekehrt nicht ganz ausgeschlossen werden, dass politische Urteile von unpolitischen Bewertungen beeinflusst werden.

Dennoch scheinen die Bewertungen von Spitzenkandidaten insgesamt eine deutlich politischere Basis aufzuweisen als Analysen mit Umfragedaten häufig suggerieren. Eine vermeintliche Personalisierung der Entscheidungsumgebung muss danach nicht unbedingt zu normativ bedenklichen elektoralen Folgen führen. Eine stärkere Fokussierung auf Spitzenkandidaten muss nicht bedeuten, dass die Urteilsbildung an politischem Gehalt verliert. Zwar könnten dann auch die persönlichen Eigenschaften eine größere Rolle spielen, sie werden aber auch dann eher nicht die Urteilsbildung dominieren. Vor allem werden Persönlichkeitseigenschaften nach den Befunden dieses Artikels auch nicht die Wahlentscheidungen dominieren – zumindest solange nicht das politische System umgestellt wird und der Regierungschef direkt gewählt wird. Die Personalisierung der Politik führt danach nicht unbedingt zu einer Präsidentialisierung von Wahlentscheidungen in parlamentari-

schen Systemen. Die institutionelle Ausgestaltung der Art der Wahlentscheidung bestimmt zu einem nicht unerheblichen Teil, wie groß die Rolle unpolitischer Kandidateneigenschaften bei diesen Wahlentscheidungen ist.

Der Vorteil des hier verwendeten experimentellen Untersuchungsdesigns, die klare Trennung der Informationen für Wähler nach politischen Standpunkten und Charaktereigenschaften, ist auf der anderen Seite natürlich eine Begrenzung für die Verallgemeinerung der Ergebnisse. Wähler und Wählerinnen werden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, meist über beide Informationen verfügen und sie auch oft zusammen erhalten und gemeinsam verarbeiten. Es ist dann nicht auszuschließen, dass die Wirkungszusammenhänge zwischen den politischen und unpolitischen Aspekten der Kandidatenbeurteilung eine andere Dynamik bekommen. Für zukünftige experimentelle Forschung erscheint es deshalb vielversprechend, beispielsweise das Ausmaß an Informationen über politische und unpolitische Kandidateneigenschaften zu variieren und so zu untersuchen, wie sich Wechselwirkungen zwischen den beiden Aspekten in einer solchen Entscheidungsumgebung darstellen. Neben weiteren experimentellen Variationen besteht auch die Möglichkeit, vor dem Hintergrund der dargestellten Befunde einen neuen Blick auf Umfragedaten zu werfen und beispielsweise zu versuchen, die unterschiedlichen Aspekte der Kandidatenbeurteilung zu trennen, indem man die Unsicherheit der Wähler über die Teilaspekte der Urteile analysiert (vgl. Glasgow und Alvarez 2000, Peterson 2004). So besteht die Hoffnung, dass sich in Zukunft experimentelle Forschung und Umfrageforschung gegenseitig befruchten und häufiger programmatische Forschung ermöglichen, die sich unterschiedlicher Methoden bedient.

## Literatur

- Bartle, John und Ivor Crewe, 2002: 'The Impact of Party Leaders in Britain: Strong Assumptions, Weak Evidence', in: King, Anthony (ed.) *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*. pp. 70-95.
- Bean, Clive und Anthony Mughan, 1989: 'Leadership Effects in Parliamentary Elections in Australia and Britain', in: *American Political Science Review* 83: 1165-1179.
- Bishin, Benjamin, Daniel Stevens und Christian Wilson, 2006: 'Character Counts? Honesty and Fairness in the Election 2000', in: *Public Opinion Quarterly* 70: 235-248.
- Brown, Steven R. und Lawrence E. Melamed, 1990: *Experimental Design and Analysis*. Newbury Park: Sage.
- Clarke, Harold D., David Sanders, Marianne C. Stewart und Paul Whiteley, 2004: *Political Choice in Britain*. Oxford: Oxford University Press
- Conover, Pamela J. und Stanley Feldman, 1986: 'The Role of Inference in the Perception of Political Candidates', in: Lau, Richard und David O. Sears (eds.) *Political Cognition*. Hillsdale: Lawrence Erlbaum. pp. 127-158.

- Curtice, John und Sarinder Hunjan, 2009: 'The Impact of Leadership Evaluations on Voting Behaviour: Do the Rules Matter?', Paper presented at the Workshop on 'Leaders and Democratic Elections', Annual Workshops of the European Consortium for Political Research. April 14-19, 2009, Lisbon.
- Curtice, John und Sören Holmberg, 2005: 'Party Leaders and Party Choice', in Thomassen, Jaques (ed.) *The European Voter*. Oxford: Oxford University Press. pp. 235-253.
- Cutler, Fred, 2002: 'The Simplest Shortcut of All: Sociodemographic Characteristics and Electoral Choice', in: *Journal of Politics* 64: 466-490.
- Doherty, Kathryn M. und James G. Gimpel, 1997: 'Candidate Character vs. the Economy in the 1992 Election', in: *Political Behavior* 19: 177-195.
- Faas, Thorsten und Sascha Huber, 2010: 'Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauereblümchen zum Mainstream' in: *Politische Vierteljahresschrift* 51: 721-749.
- Festinger, Leon, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*. Stanford: Stanford University Press.
- Gabriel, Oscar W., Silke I. Keil und Isabell Thaidigsmann, 2009: 'Kandidatenorientierung und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005', in: Gabriel, Oscar W., Bernhard Wessels und Jürgen W. Falter (eds.) *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS-Verlag. pp. 267-303.
- Glasgow, Garrett und R. Michael Alvarez, 2000: 'Uncertainty and Candidate Personality Traits', in: *American Politics Research* 28: 26-49.
- Goren, Paul, 2002: 'Character Weakness, Partisan Bias, and Presidential Evaluation', in: *American Journal of Political Science* 46: 627-641.
- Granberg, Donald, 1993: 'Political Perceptions', in: Iyengar, Shanto und McGuire, William J. (eds.) *Explorations in Political Psychology*. Durham: Duke University Press. pp.70-113.
- Granberg, Donald und Sören Holmberg (1988) *The Political System Matters. Social Psychology and Voting Behavior in Sweden and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hayes, Danny, 2005: 'Candidate Qualities through a Partisan Lens: A Theory of Trait Ownership', in: *American Journal of Political Science* 49: 908-923.
- Hetterich, Volker, 2000: *Von Adenauer bis Schröder – Der Kampf um Stimmen: Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998*. Opladen: Leske und Budrich.
- Huber, Sascha, 2012: *Strukturen des politischen Kontexts und die demokratische Kompetenz der Wähler. Experimentelle Studien zur Urteils- und Entscheidungsbildung*. Baden-Baden: Nomos
- Huber, Sascha, 2008: 'Personalisierung der Politik, Informationsverarbeitung und institutioneller Kontext. Eine experimentelle Studie.' In: Johannes Pollak et al. (Hg.) *Politik und Persönlichkeit*. Wien: Facultas: 139-154.
- King, Anthony, 2002: *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*. Oxford: Oxford University Press.
- Klein, Markus und Dieter Ohr, 2000: 'Gerhard oder Helmut? Unpolitische Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998.', in: *Politische Vierteljahresschrift* 41: 199-224.
- Kleijnijenhuis, Jan, Marcus Maurer, Hans M. Kepplinger und Dirk Oegema, 2001: 'Issues and Personalities in German and Dutch Television News', in: *European Journal of Communication* 16: 337-359.
- Kuklinski, James, ed., 2001: *Citizens and Politics: Perspectives from Political Psychology*. New York: Cambridge University Press.
- Lijphart, Arend, 1971: 'Comparative Politics and the Comparative Method', in: *American Political Science Review* 65: 682-693.
- Lodge, Milton und Kathleen M. McGraw, 1995: Hg., *Political Judgment. Structure and Process*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

- Lupia, Arthur, Matthew D. McCubbins und Samuel L. Popkin, eds., 2000: *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. New York: Cambridge University Press.
- Mancini, Paolo und Swanson, David L., 1996: 'Politics, Media, and Modern Democracy: Introduction', in: Swanson, David L. und Paolo Mancini (eds.) *Politics, Media and Modern Democracy: An International Study of Innovations in Electoral Campaigning and Their Consequences*. Westport: Praeger. pp.1-26.
- McAllister, Ian, 2007: 'The Personalization of Politics', in: Dalton, Russell J. und Hans-Dieter Klingemann (eds.) *Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press. pp. 571-584.
- McDermott, Rose, 2002: 'Experimental Methods in Political Science', in: *Annual Review of Political Science* 5: 31-61.
- McGraw, Kathleen M., Mark Fischle, Karen Stenner und Milton Lodge, 1996: 'What's in a Word? Bias in Trait Descriptions of Political Leaders', in: *Political Behavior* 18: 263-287.
- Mughan, Anthony, 2000: *Media and the Presidentialization of Parliamentary Elections*. London: Palgrave.
- Ohr, Dieter, 2000: 'Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen in Deutschland von 1961 bis 1998.', in: Klein, Markus et al. (Hg.) *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 272-308.
- Pappi, Franz U. und Susumu Shikano, 2001: 'Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980', in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 355-385.
- Peters, B. Guy, 1998: *Comparative Politics. Theory and Methods*. London: Macmillan.
- Peterson, David A. M., 2004: 'Certainty or Accessibility: Attitude Strength in Candidate Evaluations', in: *American Journal of Political Science* 48: 513-520
- Poguntke Thomas und Paul Webb, 2005: *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Popkin, Samuel L., 1991: *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Powell, George B. Jr., 2004: 'The Chain of Responsiveness', in: *Journal of Democracy* 15: 91-105.
- Rapoport, Ronald B., Kelly L. Metcalf und Jon A. Hartman, 1989: 'Candidate Traits and Voter Inferences. An Experimental Study', in: *Journal of Politics* 51: 917-932.
- Schoen, Harald, 2004: 'Kandidatenorientierungen im Wahlkampf. Eine Analyse zu den Bundestagswahlkämpfen 1980-1998', in: *Politische Vierteljahresschrift* 45: 321-345
- Schumann, Siegfried und Harald Schoen, 2003: 'Köpfe machen Stimmung: Eine Analyse der Determinanten von Parteisympathien', in: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 11: 325-343
- Sniderman, Paul, Richard A. Brody und Phillip E. Tetlock, 1991: *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*, New York: Cambridge University Press.
- Sperber, Sebastian, 2007: 'Personalisierung der Politik, Urteilsbildung über politische Kandidaten und institutioneller Kontext: Eine experimentelle Studie zum Wählerverhalten in Frankreich.' Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Mannheim.
- Stewart, Marianne C. und Harold D. Clarke, 2000: 'The (Un)importance of Party Leaders: Leader Images and Party Choice in the 1987 British Election', in: *Journal of Politics* 54: 447-470.
- Taber, Charles S., Milton Lodge und Jill Glather, 2001: 'The Motivated Construction of Political Judgments', in: Kuklinski, James (ed.) *Citizens and Politics: Perspectives from Political Psychology*, New York: Cambridge University Press. pp. 198-227.
- Wagner, Aiko, 2011: 'Die Personalisierung der Politik: Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen?', in: Bytzek, Evelyn und Sigrid Roßteutscher (Hg.) *Der unbekannte Wähler? Mythen*

und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt am Main: Campus. pp.81-97.

**Anschrift des Autors**

Sascha Huber  
Universität Mannheim  
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I  
A5, 6  
68131 Mannheim  
E-Mail: [shuber@rumms.uni-mannheim.de](mailto:shuber@rumms.uni-mannheim.de)